

# Die Erwerbsintegration von MigrantInnen in der ländlichen Steiermark im Kontext der Zuwanderungsgeschichte

## Einleitung

In Österreich leben mehr als 1,4 Millionen Menschen, die nicht in Österreich geboren wurden, und 1,1 Millionen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.<sup>1</sup> Das entspricht einem Anteil von 16,6 Prozent bzw. 12,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2014.<sup>2</sup> Daten zur regionalen Verteilung deuten darauf hin, dass Migration vor allem ein städtisches Phänomen ist. Während von der Bevölkerung österreichischer Herkunft etwa ein Drittel in größeren Städten (mit zumindest 20.000 EinwohnerInnen) lebt, beträgt dieser Anteil bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft<sup>3</sup> mehr als 62 Prozent. In diesen Gemeinden liegt der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft im Schnitt bei ca. 30 Prozent. Dahingegen sind in sehr kleinen Gemeinden (mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen) nur etwa neun Prozent der Bevölkerung ausländischer Herkunft.<sup>4</sup> Insgesamt lassen sich auch in ländlichen Räumen Migrationsprozesse beobachten und in manchen ländlichen Regionen stellen Migrantinnen und Migranten einen wachsenden Bevölkerungsanteil dar.

Dieser Beitrag setzt hier an und geht der Frage nach, in welchem Zusammenhang die Erwerbsintegration von migrierten Personen in der ländlichen Steiermark mit der Zuwanderungsgeschichte steht. Prämisse der folgenden Ausführungen ist, dass sich aus den regionalen historischen Erfahrungen, individuellen Migrationsgründen und strukturellen Veränderungen in den ländlichen Räumen unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Teilhabemöglichkeiten und Integrationschancen von Zuwanderern und Zuwanderinnen ergeben.

## Theoretische Herangehensweise

In diesem Beitrag werden exemplarisch relevante historische Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene herausgegriffen und in ihren Auswirkungen auf die Zuwanderung in die Steiermark sowie auf die vorhandenen Rahmenbedingungen und strukturellen Gegebenheiten der Arbeitsmarktintegration von migrierten Personen, insbesondere im ländlichen Raum, beschrieben. Der Analyse liegt die Annahme aus der Intersektionalitätsforschung zugrunde, dass die Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten aufgrund verschiedener, sich teils gegenseitig verstärkender Faktoren eingeschränkt sein können. Diese Faktoren sind in historische Prozesse eingebettet, die einem Wandel unterliegen können und damit zu Änderungen in der sozialen Position führen können. Sie zeigen sich zwar

auf individueller Ebene, können jedoch strukturell determiniert sein.<sup>5</sup> Nina Degele und Gabriele Winker begreifen Intersektionalität

„als kontextspezifische, gegenstandsbezogene und an sozialen Praxen ansetzende Wechselwirkungen ungleichheitsgenerierender sozialer Strukturen (d.h. von Herrschaftsverhältnissen), symbolischer Repräsentationen und Identitätskonstruktionen.“<sup>6</sup>

Hierbei wird somit vom Zusammenspiel individueller und struktureller Faktoren ausgegangen, die zu Doppel- oder Mehrfachbenachteiligungen führen. Allerdings besteht keine Einigkeit darüber, welche Faktoren dies sind und wie sie gewichtet werden sollten. Degele und Winker folgend werden hier Klasse, Geschlecht, Ethnizitäten/*race*<sup>7</sup> und Körperlichkeit als zentrale Strukturkategorien verstanden.<sup>8</sup> Degele und Winker ziehen diese vier Kategorien heran, um „die soziale Lage von Gesellschaftsmitgliedern aus ihrer Stellung zum Arbeitsmarkt und ihrer Verantwortung für die Reproduktion der Arbeitskraft“<sup>9</sup> zu ermitteln und zu beschreiben. Dieser Ansatz ermöglicht es zusätzlich zur Erwerbsarbeit auch die Reproduktionsarbeit miteinzubeziehen und den Blick um Genderkomponenten zu erweitern.<sup>10</sup> Degele und Winker gehen davon aus, dass alle vier Strukturkategorien „Prozesse und Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Akkumulationslogik“<sup>11</sup> beschreiben. Damit können ihnen Herrschaftsverhältnisse<sup>12</sup> zugeordnet werden, die wiederum untereinander verbunden sind. Werden die Beziehungen dieser Herrschaftsverhältnisse in historische Prozesse eingebettet betrachtet, zeigt sich auch der damit einhergehende Wandel. Bezogen auf Zuwanderung und Integrationsprozesse in der Steiermark müssen zum einen historische Ereignisse<sup>13</sup> im Ausland, insbesondere in den Nachbarländern, im Inland und auf der regionalen Ebene berücksichtigt werden. Zum anderen sind die Auswirkungen und Prozesse, mit denen diese geschichtlichen Ereignisse verbunden sind, zu beachten. Historische Ereignisse auf allen drei Ebenen – im Ausland, im Inland, regional – können eine Neupositionierung von Migrantinnen und Migranten innerhalb des Kategoriensystems nach Degele und Winker auslösen und häufig mit einem Wandel der Herrschaftsverhältnisse verbunden sein. Eine erste Neupositionierung ergibt sich bereits durch die Migration an sich: Obwohl sich die Rahmenbedingungen stark unterscheiden können, vollzieht jeder Migrant und jede Migrantin einen Wechsel in eine zumeist größtenteils unbekannte und manchmal sehr unterschiedliche Gesellschaft. Eine weitere Änderung der Position im Kategoriensystem kann sich durch nationale Prozesse ergeben, wie in Österreich etwa durch Neuerungen im Asylwesen und im Fremdenrecht seit den 1990er Jahren oder in der Integrationspolitik, die die Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten in allen Bundesländern nachhaltig beeinflusst haben. Auch im regionalen Kontext können Veränderungen stattfinden, die die Möglichkeiten der Zuwandernden vor Ort beeinflussen.

## Empirische Datenbasis

Der Beitrag beruht auf dem reichen empirischen Material der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der Steiermark.<sup>14</sup> Der Schwerpunkt der Forschungsarbeit lag zum einen auf der Evaluierung acht arbeitsmarktpolitischer

Modellprojekte, die im Rahmen des Förderschwerpunkts 3b des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Programmperiode 2010–2011 umgesetzt wurden. Zum anderen sollten individuelle und strukturelle Hürden bei der Erwerbsintegration analysiert werden. Zielgruppen der Projekte waren „arbeitsmarktferne Personen, insbesondere Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund“.<sup>15</sup>

Diese Forschungsergebnisse werden nachfolgend mit einer Literaturanalyse zur österreichischen und, soweit vorhanden, steirischen Zuwanderungsgeschichte seit 1945 sowie mit der Auswertung verfügbarer demografischer Regionaldaten für die Steiermark verknüpft. Anhand von sechs Fallbeispielen aus den Bereichen Heiratsmigration, Aufwachsen als Angehöriger der Zweiten Generation sowie Flucht werden unter Anwendung des Kategoriensystems von Degele und Winker die Positionierungen von Migranten und Migrantinnen in der ländlichen Steiermark analysiert. Im Zuge der Evaluierung wurden 65 leitfadengestützte Interviews mit 41 Projektteilnehmerinnen und 17 Projektteilnehmern durchgeführt. Im Rahmen von vier Fokusgruppen wurden Fragen zu strukturellen und systembedingten Schwierigkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestellt. Zu zwei Fokusgruppen wurden Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitsmarktservices, der Regionalmanagements, der Sozialpartner, Landesbehörden und NGOs eingeladen; in zwei weiteren Fokusgruppen wurde das Gespräch und die Diskussion mit den SozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen und LeiterInnen der evaluierten Modellprojekte gesucht.

## Verwendete Daten – die Modellprojekte und die daran Teilnehmenden

Die Modellprojekte unterschieden sich stark im Aufbau und der Ausrichtung der Maßnahmen sowie in der Zusammensetzung und im Hintergrund der Teilnehmenden. Insgesamt nahmen 701 Personen mit Migrationshintergrund an einem der acht Projekte teil. Die große Mehrheit zählte zur ersten Generation (wanderte also selbst zu), viele stammten aus Drittstaaten (vgl. Tabelle 1). Ein Viertel der Projektteilnehmenden mit Migrationshintergrund waren österreichische Staatsangehörige. Die Migrantinnen und Migranten aus anderen EU-Ländern stammten vor allem aus seit 2004 beigetretenen Staaten.

Den höchsten Anteil von Drittstaatsangehörigen hatte das Projekt *Graz-Jobs* mit 75 Prozent, das Transitarbeitsplätze anbot und die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zum Ziel hatte. Auch in den Projekten *Produktionsschulen Steiermark* und *Mia\_san* stammten mehr als 60 Prozent der jugendlichen Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten. Die sogenannten Produktionsschulen versuchen jungen Arbeitssuchenden in einer Kombination aus praktischer Arbeit, Fachunterricht und sozialer Hilfestellung den Übergang in die eigene Erwerbstätigkeit zu erleichtern. *Mia\_san* richtete sich ausschließlich an junge Frauen und unterstützte sie in der beruflichen und sozialen Orientierung, um sie in eine weiterführende Schule, Arbeit, Lehrstelle oder berufsvorbereitende Maßnahme zu bringen. Bei der *Berufsfindungsbegleitung Migration (BFB Migration)*, die an Schulen angeboten wurde, stammten vergleichsweise wenige jugendliche Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten (32 Prozent), viele waren österreichische Staatsangehörige (43 Prozent).

Tabelle 1: Die Teilnehmenden an den Modellprojekten mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen/-ländern und Migrationsgeneration

	EU	Ehemaliges Jugoslawien (ohne Slowenien)	Türkei	Russische Föderation	Andere	Insgesamt
absolute Werte						
1. Generation	118	79	61	118	234	610
2. Generation	22	34	11	0	11	78
Insgesamt	140	113	72	118	245	688
Anteile (Zeilenprozentwerte)						
1. Generation	19,3	13,0	10,0	19,3	38,4	100
2. Generation	28,2	43,6	14,1	0,0	14,1	100
Insgesamt	20,3	16,4	10,5	17,2	35,6	100

Anmerkung: Bei 13 TeilnehmerInnen fehlte die Information zur Migrationsgeneration und/oder zur Herkunft. Sie konnten deshalb in dieser Auswertung nicht berücksichtigt werden.

Quelle: ProjektteilnehmerInnen-Dokumentationssystem, eigene Auswertung

In allen Projekten überwog der Anteil der ersten Generation deutlich, mit Anteilen zwischen 81 (Produktionsschulen) und 100 Prozent (*Graz-Jobs*). Nur bei *BFB Migration* war der Anteil mit 57 Prozent wesentlich niedriger.<sup>16</sup> Ein Viertel der Migrantinnen und Migranten hatte einen Fluchthintergrund<sup>17</sup>, vor allem *Graz-Jobs* (39 Prozent), *Mia\_san* (33 Prozent) und die Produktionsschulen (29 Prozent) hatten auch hier höhere Anteile.

Neben den genannten Projekten wurden auch Kompetenzprofilerhebungen (*Kompetenzprofilerhebung und Bildungsberatung*), Mentoring für Migrantinnen (*Interkulturelles Mentoring Oststeiermark*), Coachings in Kombination mit Praktika (*Lernfabrik*) sowie stunden- und fallweise Beschäftigungsmöglichkeiten (*ERfA-Integrationsmodell*) angeboten.

Die Projekte *ERfA*, *Graz-Jobs* und *Mia\_san* waren nur in Graz angesiedelt. Das Projekt *Kompetenzprofilerhebung* wurde auch in den Bezirken Bruck/Mur, Leibnitz und Feldbach durchgeführt. Die *Lernfabrik* hatte neben Graz auch einen Standort in Leibnitz und die *Produktionsschulen Steiermark* haben neben Graz auch Standorte in Bruck/Mur, Kapfenberg und Deutschlandsberg. *BFB Migration* wurde nur außerhalb von Graz umgesetzt und war fast steiermarkweit tätig. Das *Interkulturelle Mentoring Oststeiermark* wurde als Einzelprojekt in St. Johann bei Herberstein für Migrantinnen angeboten.

## Migration – ein „natürliches“ Phänomen?

Migration bedeutet ganz allgemein „das Überschreiten zweier administrativer Grenzen über längere Zeiträume“.<sup>18</sup> Es handelt sich dabei um einen sehr weit gefassten Begriff, dem Mobilität innewohnt. Migration bezieht sich sowohl auf Wanderungen innerhalb Österreichs als auch auf Wanderungen zwischen Österreich und dem Ausland. Dieser Beitrag befasst

sich vor allem mit der Zuwanderung aus dem Ausland und versteht unter Migranten und Migrantinnen jene in Österreich wohnhaften Menschen, die selbst oder deren Eltern aus dem Ausland zugewandert sind. Die Motive für Wanderungsbewegungen und die Gründe dafür, nach Österreich zu kommen, können dabei sehr vielfältig sein. Zu nennen sind (erwartete) bessere Arbeits- und Einkommensperspektiven als im Heimatland, die aktive Anwerbung (z.B. Gastarbeiter) oder Umwerbung (z.B. Rot-Weiß-Rot-Karte) von ausländischen Arbeitskräften oder die Zuwanderung für Bildungszwecke (z.B. Studium in Österreich, Austauschprogramme für Studierende). Auch persönliche Motive wie etwa Familiennachzug stellen Migrationsgründe dar. Einen besonderen Auslöser für Migrationsbewegungen bilden Verfolgung und Vertreibung aus politischen, religiösen, ethnischen und anderen Gründen sowie Kriegereignisse. Fluchterlebnisse können dabei gesundheitliche Auswirkungen auf physischer und psychischer Ebene haben und zu zusätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen. Fluchterfahrungen und ihre Folgen können daher auch das Verhalten im Aufnahmestaat beeinflussen, wie zum Beispiel das Vertrauen in und die Kooperation mit Behörden oder den Zugang und die Aufnahme von Bildung und Arbeit.<sup>19</sup>

Tabelle 2 gibt, basierend auf Daten des Mikrozensus 2008, Auskunft über die Verteilung der Einreisegründe nach Österreich sowie in die Steiermark. Im österreichischen Durchschnitt entfallen die größten Anteile auf die Kategorien Zuwanderung als Kind, Familienzusammenführung und Suche nach Arbeit. Auch in der Steiermark verzeichnet die Zuwanderung als Kind den höchsten Anteil, an zweiter Stelle steht allerdings die Heirat in Österreich und an dritter Stelle die Suche nach Arbeit. Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt kommt vor allem der Zuwanderung als Kind sowie aufgrund von Heirat eine größere Bedeutung zu. Eine anteilmäßig geringere Bedeutung haben vor allem die Familienzusammenführung und die Suche nach Arbeit.

Tabelle 2: Grund der Einreise nach Österreich von im Ausland Geborenen im Alter von 15 bis 74 Jahren

	Österreich		Steiermark	
	absolut in 1.000	in %	absolut in 1.000	in %
als Kind zugewandert	251,0	23,9	23,7	28,3
Versetzung/Antritt einer Stelle	75,5	7,2	7,7	9,2
Suche nach Arbeit	194,6	18,5	11,6	13,8
Studium, Ausbildung	70,6	6,7	6,8	8,1
Flucht/Asylsuche	97,1	9,2	7,8	9,3
Familienzusammenführung	208,6	19,9	10,8	12,9
Heirat in Österreich	100,4	9,6	11,9	14,2
anderer Grund	52,7	5,0	3,5	4,2
Gesamt	1.050,5	100,0	83,8	100,0

Quelle: Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 19, auf Basis des Mikrozensus 2008

Daten der Eheschließungen seit 1989 zeigen einen starken Anstieg von Eheschließungen zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen in der Steiermark. Der Anteil hat sich von 1989 bis 2000 mehr als verdoppelt und bis 2005 mehr als vervierfacht. Seit 2005 sind die Anteile wieder rückläufig (vgl. Tabelle 3). Der Rückgang hängt vermutlich mit Änderungen im Fremdenrecht zusammen. Seit 1. Jänner 2006 wird durch eine Eheschließung nicht mehr automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung erworben. Bei den Eheschließungen fällt auf, dass Heiraten zwischen Ausländerinnen und Inländern deutlich häufiger sind als zwischen Inländerinnen und Ausländern.<sup>20</sup>

Tabelle 3: Eheschließungen von 1989 bis 2008 nach Staatsangehörigkeit in der Steiermark

Jahr	insgesamt	Inländer- Inländerin	Inländer- Ausländerin	in %	
				Ausländer- Inländerin	Ausländer- Ausländerin
1989	5.994	94,4	2,5	2,1	1,0
1990	6.321	93,8	3,0	1,6	1,6
1991	6.027	92,5	3,9	1,9	1,6
1992	6.218	89,9	5,0	2,8	2,3
1993	6.018	89,5	4,6	3,4	2,6
1994	6.013	88,4	5,2	3,8	2,7
1995	6.069	87,6	5,9	3,3	3,1
1996	6.124	87,9	5,2	3,6	3,2
1997	6.083	87,1	6,0	3,8	3,0
1998	5.569	88,0	5,9	3,7	2,4
1999	5.503	87,1	6,9	3,6	2,5
2000	5.473	86,4	7,0	4,0	2,5
2001	4.818	81,7	9,8	5,8	2,6
2002	5.028	80,7	9,6	6,9	2,8
2003	4.948	78,4	10,9	8,0	2,6
2004	5.109	76,4	11,2	9,6	2,8
2005	5.476	74,7	12,6	9,6	3,1
2006	5.307	79,4	10,8	6,8	3,0
2007	5.090	83,9	8,3	5,0	2,8
2008	4.891	84,1	8,5	4,2	3,2

Quelle: Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 77, basierend auf Daten von Statistik Austria; eigene Berechnungen

## Räumliche Verteilung von MigrantInnen in der Steiermark

Migration ist in der Steiermark wie in Österreich insgesamt kein neues und nicht nur ein städtisches Phänomen, wie Abbildung 1 für die steirischen Gemeinden zum Stichtag 1. Jänner 2014 zeigt. Dargestellt wird der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Das sind jene Personen, die im Ausland geboren wurden und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. Je höher der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft ist, desto dunkler ist das Gemeindegebiet eingefärbt. Im steirischen Durchschnitt lag der Anteil bei elf Prozent. Die größte Gruppe stellen heute in der Steiermark, wie auch in Österreich insgesamt, Migrantinnen und Migranten aus Deutschland (21.000) dar. An zweiter und dritter Stelle stehen in der Steiermark Menschen bosnischer (15.000) und rumänischer Herkunft (13.000); Menschen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (Kroatien 12.000, Serbien, Montenegro und Kosovo ca. 12.000) folgen auf den Plätzen vier und fünf. Weiters sind in der Steiermark Ungarn (ca. 6.000) und die Russische Föderation (ca. 4.000) unter den zehn bedeutendsten Herkunftsländern.<sup>21</sup>

Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft in den steirischen Gemeinden zum Stichtag 1. Jänner 2014, in Prozent [Abbildung siehe Druckfassung]



Quelle: [http://www.statistik.at/web\\_de/downloads/karto/them\\_bev\\_herkunft/](http://www.statistik.at/web_de/downloads/karto/them_bev_herkunft/), eigene Adaptierungen

Zwar unterscheiden sich urbane und periphere Regionen teils erheblich in Anteil und Struktur der Migrationsbevölkerung. Auf der Suche nach Arbeitsplätzen bieten die ländlichen Räume häufig weniger Möglichkeiten. Eine geringe Siedlungsdichte geht in ländlichen

Regionen oft mit einer geringeren Infrastrukturdichte einher. Hinzu kommt, dass relevante Anteile der wirtschaftlichen Tätigkeiten auf der Aneignung und Nutzung natürlicher Ressourcen beruhen. Zu nennen sind die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau sowie der Tourismus.<sup>22</sup> Allerdings bestehen bzw. bestanden auch in ländlichen Regionen klassische Industrien, die ausländische Arbeitskräfte nachfrag(t)en. In der industriell geprägten Obersteiermark spielte etwa die Gastarbeitermigration insbesondere in der Montanindustrie eine große Rolle. Die Unterbringung von Asylwerbenden in mittleren bis großen Einrichtungen kann ein anderer Grund für regional höhere Anteile bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft in ländlichen Regionen sein. Weiters können saisonale Arbeitsspitzen, insbesondere in der Landwirtschaft und im Tourismus, temporäre Wanderungen von ausländischen Saisonarbeitskräften in ländliche Regionen bedingen. Die anfangs temporär geplante Niederlassung kann dann im Lauf der Zeit dauerhaft werden.<sup>23</sup>

Die Zuwanderungsdynamik verlief in der vergangenen Dekade in der Steiermark regional sehr unterschiedlich. Abbildung 2 zeigt für die steirischen Bezirke zwischen 2002 und 2010 die summierten Salden der Binnenwanderung und Außenwanderung je 1.000 EinwohnerInnen. Im betrachteten Zeitraum verzeichneten nur die Bezirke Graz-Stadt, Graz-Umgebung und Leibnitz sowohl bei der Binnenwanderung als auch bei der Außenwanderung positive Salden. In allen anderen steirischen Bezirken war der Binnenwanderungssaldo negativ. Die Zahl der Wegzüge der ansässigen Bevölkerung überstieg somit die Zahl der Zuzüge aus anderen Bezirken Österreichs. All jene Bezirke, die unterhalb der 45-Grad-Linie in der Abbildung liegen, weisen eine Nettoabwanderung auf. Das bedeutet, dass die Zuwanderung aus dem Ausland die Abwanderung der ansässigen Bevölkerung nicht kompensieren kann. Dies betraf im Zeitraum 2002–2010 zehn der damals noch 17 steirischen Bezirke, nämlich Bruck/Mur, Feldbach, Hartberg, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Liezen, Murau, Mürzzuschlag und Radkersburg.

Abbildung 2: Binnen- und Außenwanderung nach steirischen Bezirken 2002–2010 (je 1.000 EinwohnerInnen)



Quelle: Biffl u.a., Steps 2, 22, basierend auf Daten von Statistik Austria

[Abbildung siehe Druckfassung]



Migrantinnen und Migranten stellen damit auch in manchen ländlichen Regionen einen wachsenden Bevölkerungsanteil dar. Ihre Zuwanderung kann zum Teil den Bevölkerungsrückgang abschwächen. In ihren Erwerbschancen und -möglichkeiten können sie aber in diesen ländlichen Gebieten sehr ungünstigen Rahmenbedingungen gegenüberstehen, die die ansässige Bevölkerung zum Abwandern veranlassen. Eingebettet in Ungleichheitskategorien und den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen können diese individuellen und strukturellen Faktoren zu Benachteiligung und Exklusion führen.

## Zuwanderung in die Steiermark seit 1945

Die steirische Zuwanderungsgeschichte ist – wie auch die österreichische – gekennzeichnet von mehreren Zuwanderungswellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde rund eine Million der zwölf Millionen aus den deutschen Siedlungsgebieten Osteuropas Geflüchteten und Vertriebenen vorübergehend in Österreich aufgenommen. Die größten Flüchtlings- und Auffanglager in der Steiermark befanden sich in Wagna bei Leibnitz in der Südsteiermark und in Kapfenberg in der Obersteiermark.<sup>24</sup> Von den rund 530.000 in Österreich gebliebenen Personen wurden 350.000 bis 1961 eingebürgert.<sup>25</sup>

Der Anstieg der ausländischen Bevölkerung in Österreich in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren ist vor allem auf Arbeitsmigration aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei zurückzuführen, weniger auf die Aufnahme von Flüchtlingen und anderen Personengruppen.<sup>26</sup> In der Steiermark hatte die Zuwanderung eine vergleichsweise geringere Bedeutung: 1971 entfielen 7.328 der in Österreich ansässigen 150.216 Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter auf die Steiermark. Während somit nur fünf Prozent aller immigrierten Arbeitskräfte in der Steiermark beschäftigt waren, lebten 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung in der Steiermark. Im „Wendejahr“ 1989 gab es einerseits einen konjunkturbedingten Zuzug an ausländischen Arbeitskräften und andererseits setzte eine stetige Flüchtlingsbewegung in die Steiermark ein. Die erste größere, die in der Steiermark wahrgenommen wurde und sich in steigenden Zahlen von Asylwerbenden widerspiegelte, war dabei die Flüchtlingsbewegung aus Rumänien 1990/91. Von 1989 bis 1993 erhöhte sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf mehr als drei Prozent.<sup>27</sup> In diesem Zeitabschnitt war erstmals seit 1974<sup>28</sup> wieder ein Bevölkerungsanstieg im Zuge von Migrationsbewegungen aus dem Ausland in die Steiermark zu verzeichnen.<sup>29</sup> Die anhaltende Migration in die Steiermark im Zuge der Ostöffnung führte zu einem ansteigenden Bevölkerungsstand bis 1994, worauf von 1995 bis 2000 wieder ein Bevölkerungsrückgang folgte. Seit 2001 wächst die steirische Bevölkerung aufgrund positiver Wanderungsbilanzen erneut, die Geburtenbilanzen sind in der Steiermark schon seit 1997 negativ.<sup>30</sup>

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war von starken konjunkturellen Schwankungen gekennzeichnet. In den 1950er Jahren herrschte hohe Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund der Rückkehr von Flüchtlingen und Heimkehrenden und einer raschen Entagrarisierung<sup>31</sup>. In den 1950er Jahren und Anfang der 1960er Jahre wanderten noch steirische Arbeitskräfte in andere Bundesländer und ins Ausland ab.<sup>32</sup>

In den 1960er Jahren setzte die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ ein. Eine wesentliche Grundlage dafür stellte das Raab-Olah-Abkommen 1961 dar, auf dessen Basis jährlich von den Sozialpartnern Kontingente für ausländische Arbeitskräfte ausgehandelt wurden. In weiterer Folge wurden Anwerbeabkommen mit Spanien 1962, mit der Türkei 1964 und mit Jugoslawien 1966 geschlossen.<sup>33</sup> In Konkurrenz mit anderen Anwerbestaaten mit höherem Lohnniveau rekrutierte Österreich vor allem ausländische Arbeitskräfte aus weniger entwickelten Regionen, so etwa aus den jugoslawischen Teilrepubliken Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Arbeitskräfte aus Slowenien und Kroatien gingen überwiegend in westeuropäische Länder mit höherem Lohnniveau wie zum Beispiel Westdeutschland, Schweiz oder Schweden.

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter stammten in der Steiermark fast ausschließlich aus Jugoslawien (1971: 99,1 Prozent). Die Arbeitskräftezuwanderung dieser Zeit war dabei kein vorwiegend männliches Phänomen. 1961 bis 1970 ging ein Fünftel bis etwa ein Drittel der erteilten Beschäftigungsbewilligungen an Frauen.<sup>34</sup> In der Steiermark waren die angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte vor allem im Baugewerbe, in der Textilbranche, in den persönlichen Dienstleistungen, im Reinigungsgewerbe sowie im Gastgewerbe beschäftigt.<sup>35</sup> Dabei waren sie großteils als „Arbeiter“ tätig.<sup>36</sup> Innerhalb der Steiermark war die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte sehr unterschiedlich. Am höchsten (über 5 Prozent) waren die Anteile ausländischer Arbeitskräfte in Graz, Graz-Umgebung, Liezen, Leoben, Bruck an der Mur und Bad Radkersburg. Bei 2,5 bis 5 Prozent lagen die Anteile in Judenburg und Knittelfeld, unter 2,5 Prozent in den Bezirken Murau, Voitsberg, Deutschlandsberg, Leibnitz, Feldbach, Gleisdorf, Fürstenfeld, Weiz, Hartberg und Mürzzuschlag (vgl. auch Abbildung 1 oben). Es waren somit die Bezirke mit verarbeitendem Gewerbe, Industrie und Bauwesen, Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie Land- und Forstwirtschaft, die höhere Anteile von Arbeitsmigrantinnen und -migranten verzeichneten.<sup>37</sup> Die ausländischen Arbeitskräfte waren in Zeiten der Gastarbeiterzuwanderung vor allem in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, was sich nicht zuletzt aus der Besitzstruktur der Großbetriebe in Österreich ergab. Der Staat und verstaatlichte Banken waren bis Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre Eigentümer der Großbetriebe, wodurch die Einflussmöglichkeiten von Parteien und Gewerkschaften auf die Rekrutierung der Belegschaft groß waren.<sup>38</sup> Der Schutz der inländischen Arbeitskräfte war ein explizites Ziel gewerkschaftlicher Politik, was auch im Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 gesetzlich verankert wurde.<sup>39</sup> Diese Strukturen führten zur Segmentierung des Arbeitsmarktes. Es waren Branchen und Tätigkeiten mit niedrigem Lohnniveau, unangenehmen Arbeiten, Schicht- und Akkordarbeit und hohen Risiken konjunktureller und saisonaler Arbeitslosigkeit, in denen ausländische Arbeitskräfte Beschäftigung fanden. Inländische Arbeitskräfte konnten dort nicht gehalten werden.<sup>40</sup>

Der wirtschaftliche Strukturwandel vor allem in den 1980er und 1990er Jahren mit der Privatisierung der verstaatlichten Industrie und von Großbetrieben, der einsetzenden Globalisierung und Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland hat zu veränderten Arbeitsangeboten geführt. Auch heute sind Ausländerinnen und Ausländer stärker von konjunkturellen Schwankungen betroffen, da sie stärker in Branchen tätig sind, die handelbare Güter erzeugen. Das betrifft im industriell-gewerblichen Bereich die Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie sowie die Nahrungsmittelerzeugung und Dienstleistungsbereiche, die – wie vor allem der Tourismus – unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Die Konzentration in diesen Bereichen hat auch damit zu tun, dass es sich um Niedriglohnsegmente handelt.<sup>41</sup>

Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt ist die Steiermark weiterhin ein stärker industrieorientiertes Bundesland, in dem die Metallindustrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau wichtige Beschäftigungsbereiche sind. In diesem Zusammenhang steht auch der im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt höhere Anteil von Erwerbstätigen, die über Leihfirmen vermittelt und beschäftigt werden. Betriebe erweitern ihre Kernbelegschaften um flexible Arbeitskräfte, die rasch verfügbar und zeitlich befristet eingesetzt werden können.<sup>42</sup>

Auch heute zählt die Steiermark zu den Bundesländern mit vergleichsweise niedrigem Anteil ausländischer Beschäftigter. Im Vergleich zu den 1970er und 1980er Jahren hat sich das Niveau aber deutlich erhöht und auch in der Steiermark sind knapp elf Prozent der Beschäftigten ausländische Staatsangehörige (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich nach Bundesländern 1973, 1984 und 2013

	Beschäftigte 1973		Beschäftigte 1984		Beschäftigte 2013	
	gesamt	davon Ausländer- Innen in %	gesamt	davon Ausländer- Innen in %	gesamt	davon Ausländer- Innen in %
Wien	771.130	11,5	731.026	8,7	791.327	22,7
Niederösterreich	397.428	6,6	427.757	3,5	579.548	13,5
Steiermark	369.344	4,3	383.230	1,4	482.181	10,6
Kärnten	167.850	4,7	171.600	2,3	205.356	10,6
Oberösterreich	405.341	6,3	456.834	2,7	619.721	12,0
Salzburg	157.740	12,2	180.989	6,3	243.940	18,1
Tirol	181.471	9,1	214.699	5,2	312.148	17,9
Vorarlberg	107.864	23,0	115.477	12,9	151.564	21,4
Burgenland	50.138	2,5	62.894	1,0	97.211	20,0
Österreich	2.608.306	8,7	2.744.506	5,1	3.482.996	16,0

Quelle: Matuschek, Ausländerpolitik, 175; [www.dnet.at/bali](http://www.dnet.at/bali)

Die Unterschiede in der Zuwanderungsgeschichte zwischen den Bundesländern zeigen sich auch in den Beschäftigtendaten der Privatwirtschaft, die im Zuge der Evaluierung zum Stichtag 30. September 2009 ausgewertet wurden. Im Österreich-Schnitt stammten 53 Prozent der männlichen und 51 Prozent der weiblichen Beschäftigten mit Migrationshintergrund aus den traditionellen Herkunftsländern der „Gastarbeiter“, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. In der Steiermark lagen die Anteile bei den Männern bei 40 Prozent und bei den Frauen bei 38 Prozent. Dahingegen kommt der regionalen Mobilität aus den Nachbarländern eine wichtige Rolle zu: 12 Prozent der unselbständig beschäftigten Migranten stammten aus Slowenien (Österreich: 2 Prozent), bei den Migrantinnen lag der Anteil bei 11 Prozent (Österreich: 1 Prozent). Weitere 8 Prozent der Migranten stammten aus Ungarn (Österreich: 6 Prozent), bei den Migrantinnen waren es 5 Prozent (gegenüber 4 Prozent im österreichischen Schnitt). Insbesondere Zugewanderte aus Rumänien haben in der Steiermark deutlich

höhere Anteile an den unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund: Sie betragen 11 Prozent bei Migranten und 13 Prozent bei den Migrantinnen, wogegen die Werte für ganz Österreich bei 4 Prozent bzw. 5 Prozent lagen.<sup>43</sup>

## Heiratsmigration in der ländlichen Steiermark

In der Steiermark ist die Heirat der zweithäufigste Grund für die Einreise nach Österreich. 14 Prozent der Zugewanderten haben sich aus diesem Grund in der Steiermark angesiedelt (vgl. Tabelle 2 und 3 oben).<sup>44</sup> In den Gesprächen mit Teilnehmerinnen der Modellprojekte begegneten wir einigen Frauen, die aus diesem Grund nach Österreich gekommen waren. Festzustellen ist, dass Frauen im Rahmen des Familiennachzugs oder zur Heirat häufig weniger Einfluss auf die Wahl ihres Wohnortes haben, sondern zumindest vorerst in die vom Ehemann bestimmte Umgebung kommen. Die zugewanderten Frauen finden sich in einem neuen gesellschaftlichen Kontext und anderen strukturellen Rahmenbedingungen wieder, in denen sie sich erst einfinden müssen, wie es beispielhaft die Biografie von Jana, einer Teilnehmerin am Interkulturellen Mentoring (IKM), veranschaulicht.

### *Fallbeispiel Jana*

Jana<sup>45</sup> lebt seit 2006 in Österreich. Sie ist mit einem Österreicher verheiratet, lebt in der Oststeiermark und hat (zum Interviewzeitpunkt) zwei Söhne im Alter von drei und zehn Jahren. In ihrem Heimatland hatte sie als Juristin gearbeitet, in Österreich hatte sie bislang nicht gearbeitet. Einerseits wurde 2008 ihr zweiter Sohn geboren, andererseits wusste sie bislang nicht, wie sie in Österreich beruflich anschließen könnte. Vor der Teilnahme am Mentoringprojekt hätte sie viele Sorgen gehabt, was sie in Österreich beruflich machen könnte. Durch die Teilnahme und die Unterstützung ihrer Mentorin hätte sie nun berufliche Perspektiven entwickeln können. Mit ihrer Mentorin wäre sie schon beim Arbeitsmarktservice (AMS) gewesen, um Fördermöglichkeiten für ihren Ausbildungswunsch, Heilmasseurin zu werden, auszuloten. Ihre Mentorin würde sie auch bei den weiteren Wegen unterstützen.<sup>46</sup>

Der Aufbau von sozialen Kontakten und soziale Integration waren nicht nur bei den Teilnehmerinnen des IKM ein wichtiges Thema.<sup>47</sup> Jeder Migrant und jede Migrantin vollzieht einen Wechsel in eine oftmals unbekannte, manchmal sehr unterschiedliche Gesellschaft. Kontakte und Beziehungen müssen erst aufgebaut werden. Der Aufbau von sozialen Kontakten war in den Interviews wiederholt ein wichtiges Teilnahmemotiv, wie es auch eine Teilnehmerin der Produktionsschulen schilderte:

„Es ist schwierig, weil ich keine österreichischen Freunde habe. Ich war immer allein zu Hause mit meinem Mann. Und wenn mein Mann bei der Arbeit war, war ich allein. [...] Wenn ich eine Freundin hätte oder einen Freund wäre das besser, weil ich würde sprechen und meine Sprache wäre immer besser. Aber allein ist es schwierig.“<sup>48</sup>

Darüber hinaus erweisen sich noch folgende Funktionen sozialer Kontakte aufgrund der Interviews als relevant: das Teilen von persönlichen Sorgen, das Entwickeln gemeinsamer oder

neuer Interessen, Abwechslung vom Alltag mit Haushalt und Kindern, Ideen, Unterstützung und Bestärkung beim beruflichen (Wieder-)Einstieg, Erweiterung des sozialen Netzwerkes und Nutzung von Sozialkapital, Unterstützung bei der Entwicklung eines Verständnisses für das österreichische Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftssystem, (neutrale) Vertrauenspersonen außerhalb der Familie.

Die von den interviewten Teilnehmerinnen geschilderten Probleme sozialer Isolation ergeben sich großteils aus dem Zusammenspiel der Strukturkategorien Geschlecht und Herkunft, die durch den ländlichen Kontext verstärkt werden, wenn Angebote fehlen, die Gelegenheiten für neue Kontakte bieten oder die sich auch an Migrantinnen bzw. zugewanderte Familien richten. Weiters war Mobilität ein Thema, wie allein die Teilnahme am IKM zeigte. Das „Haus der Frauen“ in St. Johann bei Herberstein, wo Treffen stattfanden, ist nur sehr eingeschränkt öffentlich erreichbar. Eine Teilnehmerin wurde beispielsweise von Projektmitarbeiterinnen mitgenommen oder von ihrem Ehemann hingebacht und abgeholt.

Untersuchungen zeigen, dass sich die Mobilitätsmuster zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Männer im Haupterwerbsalter pendeln vor allem zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, während Frauen vielfältigere Wege zurücklegen, etwa am Weg in die Teilzeitarbeit die Kinder zum Kindergarten bringen, sie nach der Arbeit wieder abholen und am Heimweg noch Einkäufe im Zusammenhang mit der Haushaltsführung erledigen. Frauen verwenden auch häufiger ein öffentliches Verkehrsmittel, verfügen im Durchschnitt seltener über einen Führerschein und haben seltener ein eigenes Auto.<sup>49</sup> Im ländlichen Raum kann die Mobilität somit sehr eingeschränkt sein, wie auch im Steirischen Raumplanungsbericht festgestellt wird:

„Um auch für die peripheren Regionen annähernd gleichwertige (Lebens-)Bedingungen herzustellen, wird eine systematische Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personenverkehr im Sinne von attraktiveren Zugängen, Fahrzeugen und Fahrzeiten sowie die Ausweitung von alternativen Projekten (z.B. Ruftaxis usw.) in allen steirischen Regionen angestrebt.“<sup>50</sup>

Durch Einschränkungen in der Mobilität kann das Aufsuchen von Beratungs- und Anlaufstellen mit einem erhöhten zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden sein oder ganz grundsätzlich schwierig sein. Das kann Auswirkungen auf die Teilnahmemöglichkeiten an Kursen und Trainingsmaßnahmen (AMS-Maßnahmen, Sprachkurse etc.) haben, die Anerkennung von im Ausland abgeschlossenen Ausbildungen erschweren und insgesamt die Erwerbschancen einschränken. Auch bei der Kinderbetreuung ergeben sich Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts. In Verbindung mit sozial tradierten Rollenbildern sorgen die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass Mütter oftmals nicht im selben Ausmaß flexibel sein können wie Väter und sie üblicherweise ihre Erwerbstätigkeit (länger) unterbrechen.

## Bildungschancen jugendlicher MigrantInnen im Kontext der Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern hatte in der Steiermark eine geringere Bedeutung als in anderen Bundesländern. Heute stammen knapp 40 Prozent der

Bevölkerung ausländischer Herkunft in der Steiermark aus Ländern des früheren Jugoslawien oder der Türkei. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Modellprojekte stammten 16 Prozent aus Ländern des früheren Jugoslawien (ohne Slowenien) und 11 Prozent aus der Türkei. Bei den Projektteilnehmenden der ersten Generation stammte weniger als ein Viertel aus diesen Herkunftsregionen, bei jenen der zweiten Generation waren es dahingegen mehr als 50 Prozent (vgl. auch Tabelle 1). Bei den Projektteilnehmenden der ersten Generation dieser Herkunftsregionen kamen mindestens drei Viertel Ende der 1980er Jahre oder später nach Österreich.<sup>51</sup> Für die Projektteilnehmenden der zweiten Generation enthalten die Daten keine Informationen darüber, wie lange ihre Familien bzw. Eltern schon in Österreich leben. Aus den im Zuge der Evaluierung geführten Interviews lassen sich bei den Jugendlichen aber durchaus Bezüge zur österreichischen und steirischen Zuwanderungsgeschichte herstellen. Die Berichte einiger Jugendlicher weisen auf die strukturellen Probleme im österreichischen Bildungssystem hin, die dazu führen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – trotz langer Zuwanderungsgeschichte – durchschnittlich nach wie vor schlechter abschneiden, höhere Anteile an den Jugendlichen ohne Pflichtschulabschluss haben und öfters keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung absolvieren. Bei internationalen Schulleistungstests erzielen Schülerinnen und Schüler mit türkischem und ex-jugoslawischem Hintergrund im Durchschnitt schlechtere Ergebnisse.<sup>52</sup> Ein Betroffener, den wir im Rahmen der Evaluierung des Projektes *Berufsfindungsbegleitung Migration* interviewt haben, ist Daniel. Im Interview mit ihm kam zum Ausdruck, wie im Zusammenspiel von Klasse, ethnischer Herkunft und Religion sein bisheriger Bildungsweg beeinflusst und erschwert wurde.

### *Fallbeispiel Daniel*

Daniel<sup>53</sup> wurde 1996 in Österreich geboren und lebte zum Zeitpunkt des Interviews in einer 5.000-EinwohnerInnen-Gemeinde in der westlichen Obersteiermark. Seine Eltern stammen beide aus Bosnien. Daniel ist österreichischer Staatsbürger und spricht Deutsch und Bosnisch. Deutsch, so erzählte er, hatte er vor allem schon im Kindergarten gelernt, in der Volksschule sprach er dann fließend Deutsch. Zum Interviewzeitpunkt besuchte Daniel eine Polytechnische Schule. Eigentlich wollte er nach der Hauptschule in die HTL (Höhere technische Lehranstalt) gehen, wurde dort aber nicht aufgenommen, weil seine Noten nicht gut genug gewesen wären. Seine Mutter hätte ihm dann vorgeschlagen, das neunte Schuljahr in der Realschule zu absolvieren. Dort wäre er dann aber auch nicht aufgenommen worden, ein „Österreicher“ mit schlechteren Noten allerdings schon, wie Daniel anmerkte.

In der Hauptschule, berichtete Daniel, war die erste bis dritte Leistungsgruppe in einer Klasse. Das wäre ihm zu viel gewesen und er hätte dem Unterricht nicht mehr gut folgen können. In der Polytechnischen Schule ginge es ihm nun besser, sie wären mehr aufgeteilt und es würde ausführlicher und besser erklärt. Von seiner Klasse hatte zum Interviewzeitpunkt fast jeder eine Lehrstelle. Daniel hatte sich bei einigen Betrieben beworben. Bei einem hatte er die Aufnahmeprüfung nicht bestanden, von zwei weiteren hatte er noch keine Antwort. Seine Mutter hatte Daniel zum AMS begleitet, wo er sich lehrstellensuchend gemeldet hatte. Vom AMS bekam er dann Informationen über gemeldete offene Lehrstellen. Ein im Rahmen von *BFB Migration* absolvierter Eignungstest ergab für Daniel eine Eignung für

den Metall-/Kfz-Bereich. Dieses Ergebnis hatte ihn nicht überrascht, erzählte er, schon in der Hauptschule hätte er durch den Werkunterricht bemerkt, dass ihm der Metallbereich läge. Daniel möchte Maschinenbautechniker werden. Er würde nun ab Herbst eine HTL im Fachbereich Maschinenbau besuchen. Da er schon im 9. Schuljahr gewesen war, wäre er ohne Probleme aufgenommen worden. Daniel erwähnte, dass die Schule wenige Anmeldungen gehabt hätte und alle aufgenommen hätte. Daniel glaubt, dass die HTL eine gute Schule wäre. Daniels Mutter arbeitet in einem Maschinenbauunternehmen. Sie hätte dort Kollegen gefragt und die hätten ihr gesagt, dass es gut wäre, wenn Daniel in die HTL ginge.

Daniel erzählte, dass in der Hauptschule alle „Ausländer“ (einer Schulstufe) in eine Klasse gekommen wären. Die Hauptschulzeit wäre für ihn schwer gewesen, seine Noten wären auch schlechter geworden. Die anderen – „Österreicher“ – hätten sie „blöd“ angedredet, weil sie von woanders herkämen und wegen ihrer Religion. Sie hätten Sachen über ihre Religion gesagt, die nicht stimmten. Wenn in den Medien über Terroranschläge berichtet wurde, hätten sie gesagt, „sie mit ihrer Religion“ wären daran schuld. Er stünde auch dazu, dass seine Mutter nicht so gut Deutsch spräche wie er, sein Vater und sein Bruder, „was soll's?“, so Daniel. Es hätte auch Schlägereien gegeben, weil sie die Sticheleien der anderen Schülerinnen und Schüler nicht mehr ausgehalten hätten. Es hätte aber auch Lehrer gegeben, besonders einen Lehrer, die ihn in seiner Hauptschulzeit unterstützt hätten. Im „Poly“ wäre es dann besser gewesen. Aber auch hier hatte es einen Zwischenfall gegeben. „Einige“ hätten auch gegen sie<sup>54</sup> geredet. Zwei, drei Monate hätten sie nichts gemacht, dann wäre es nicht mehr gegangen und es wäre zu einer Schlägerei gekommen. Sie mussten daraufhin zum Direktor. Dieser hätte gesagt, wenn so etwas noch einmal passierte, dann „flögen“ sie von der Schule. Auch die anderen (die gegen sie geredet hatten) mussten zum Direktor. In der HTL, erwartete Daniel, würde es besser werden. Denn er würde viele Leute kennen, Freunde von ihm gingen auch dorthin.<sup>55</sup>

Daniel erhielt durch das Projekt *BFB Migration*, das an seiner Schule angeboten wurde, Unterstützung bei der Berufsorientierung und er wurde im angestrebten Berufsfeld durch einen Eignungstest bestärkt. Die Grundprobleme haben aber früher begonnen, indem er in einem gesellschaftlichen Umfeld aufwuchs, das stark zwischen den schon lange Ansässigen und den aus dem Ausland Zugewanderten unterschied, und wo es offenbar innerhalb von Schulen durch „Ausländerklassen“ zu Segregation kam.

Durch gesellschaftliche Normalitätsannahmen und Wertemuster werden über bestimmte Personenkategorien und Gruppenkonstruktionen sozial bedeutsame Unterscheidungen zwischen prinzipiell Gleichrangigen und denen, die nicht als Gleichrangige gelten, hergestellt.<sup>56</sup> Dies erfuhr Daniel in seiner Schullaufbahn entlang der vorgenommenen Unterscheidungen nach ethnischer Herkunft, Religion und Sprache: Daniels Schilderungen deuten darauf hin, dass er sich selbst trotz österreichischer Staatsbürgerschaft nicht als Österreicher sieht bzw. sehen kann (er hatte Probleme mit den „Österreichern“). Auch sein muslimisches Religionsbekenntnis wurde von Mitschülerinnen und Mitschülern für Grenzziehungen herangezogen: Daniel und den anderen Jugendlichen mit muslimischem Religionsbekenntnis sei Verantwortung für Terroranschläge zugewiesen worden.

Seine Schilderungen weisen darauf hin, dass die Konflikte an den Schulen nur begrenzt aufgearbeitet wurden. Seine Schilderungen deuten außerdem auf begrenzte Erfahrung, Kompetenzen und Sensibilität der Schulleitung und Lehrkräfte im Umgang mit rassistisch motivierten Konflikten hin. Bei der Klassenzusammensetzung scheinen bewusste Unter-



scheidungen aufgrund der Herkunft und Staatsbürgerschaft der Kinder getroffen worden zu sein. Inwiefern Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund spezifische Unterstützung erfuhren, war in der Vergangenheit auch von engagierten Einzelpersonen abhängig – Daniel erwähnte einen Lehrer, der ihn in der Hauptschule besonders unterstützt hätte. Erst in der jüngeren Vergangenheit wurden einige Maßnahmen eingeführt, um Benachteiligungen frühzeitig abzufangen, wie etwa Sprachstandsfeststellungen im Kindergarten oder der obligatorische Kindergartenbesuch im Jahr vor der Einschulung, um die sprachliche Entwicklung der Kinder zu fördern. Daniel brachte den Deutschspracherwerb positiv mit seinem Kindergartenbesuch in Verbindung.

Die Schilderungen von Daniel geben auch Beispiele dafür, wie das familiäre Kapital (Bildungsniveau, beruflicher Status, Beziehungsnetzwerk, Haushaltseinkommen) den Bildungsweg beeinflussen kann: Im Fall von Daniel scheint die Mutter eine wichtige Stütze in den bisherigen Bildungsfragen gewesen zu sein. Sie begleitete ihn zum AMS, schlug ihm nach der Absage der HTL die Realschule für das 9. Schuljahr vor und erkundigte sich in ihrem Arbeitskollegenkreis über die HTL als Ausbildungsweg. Dies deutet einerseits auf einen guten familiären Rückhalt des Jugendlichen hin, andererseits drückt sich der Einfluss des kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapitals auf den Bildungsweg aus: Inwiefern konnten Daniels Eltern ihn auch bei den schulischen Problemen unterstützen (schlechter werdende Noten, Überforderung) oder Nachhilfestunden zukaufen? Inwiefern wussten sie von der offenbar nach Staatsbürgerschaft und ethnischer Herkunft vorgenommenen Klasseneinteilung und wenn, wie bzw. wo reagierten sie darauf? Welche Bildungswege waren ihnen oder in ihrem sozialen Netzwerk bekannt? Im Fall von Daniel wusste die Mutter von der Realschule als Alternative zur Polytechnischen Schule und sie hatte sich über die HTL als Ausbildungsweg erkundigt. Daniel hatte sich außerdem im Betrieb, in dem die Mutter arbeitete, um eine Lehrstelle beworben, war dabei aber an der Aufnahmeprüfung gescheitert.

## Fluchtmigration in die Steiermark

Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 gab es einige regionale politische Krisen in der Umgebung Österreichs, die zu Fluchtbewegungen nach Österreich führten.<sup>57</sup> Während der Ungarnkrise fanden viele Flüchtlinge ihren Weg nach Österreich über die Südoststeiermark. Insbesondere die Bezirke Feldbach, Radkersburg (heute Bezirk Südoststeiermark) und Leibnitz waren in den 1950er Jahren von Fluchtbewegungen betroffen. Diese Region liegt auch im Dreiländereck Ungarn – Österreich – Slowenien, in der, so schreibt Edda Engelke, „Menschen verschiedener Sprachen lange Zeit miteinander oder als respektierte Nachbarn gelebt hatten, die vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg durch scharfe ideologische Grenzen strikt voneinander getrennt wurden“<sup>58</sup>. In der Südoststeiermark verblieben vor allem Flüchtlinge aus dem Grenzland, z.B. aus Szentgotthárd, die verwandtschaftliche Beziehungen in die Region hatten.<sup>59</sup>

In den 1950er Jahren kamen aber nicht nur Ungarn, sondern auch ca. 10.000 Menschen aus Jugoslawien über die Grüne Grenze, die von jugoslawischer Seite streng bewacht wurde, in die Steiermark. Die Einvernahme und Registrierung erfolgten vor allem in den damaligen Bezirken Fürstenfeld und Feldbach. Die wichtigste Einrichtung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen aus Jugoslawien war das Lager Wagner im Bezirk Leibnitz.<sup>60</sup> Flüchtlinge



aus der damaligen Tschechoslowakei und Polen kamen offiziell als Touristen nach Österreich und mussten individuell um Asyl ansuchen, es erfolgte aber keine Einzelfallprüfung der Fluchtgründe. Die Flüchtlingswelle nach der Niederschlagung des Prager Frühlings fiel in die Zeit der Rekrutierung von Gastarbeitern und Gastarbeiterinnen in Österreich. Nur wenige stellten einen Asylantrag, sie erlangten als meist gut qualifizierte Arbeitskräfte auch ohne Asylstatus einen sicheren Aufenthalt. Von den 120.000 bis 150.000 polnischen Staatsangehörigen, die sich nach ihrer Flucht 1981/82 in Österreich aufhielten, stellten 33.000 einen Asylantrag.<sup>61</sup> Von den Flüchtlingswellen aus der Tschechoslowakei und Polen war die Steiermark nicht bzw. nur am Rande betroffen.<sup>62</sup> Rainer Bauböck und Bernhard Perchinig stellen fest, dass die Flüchtlinge in der Wahrnehmung der österreichischen Bevölkerung, je später sie kamen, desto weniger „dem Bild der vom Stalinismus unterdrückten und verfolgten Freiheitskämpfer, die mit ihren Füßen für den Freien Westen stimmten“<sup>63</sup>, entsprachen. Seit den 1990er Jahren haben sich die Krisenherde – mit Ausnahme der Kriege im zerfallenden Jugoslawien – wesentlich weiter von Österreich entfernt. Repressionen in der Türkei und anderen Staaten des Mittleren Ostens, vor allem im Irak, Iran und in Afghanistan, brachten Flüchtlinge nach Österreich.<sup>64</sup> In den 2000er Jahren stammten die Flüchtlinge vor allem aus Tschetschenien, Afghanistan, dem Irak und Pakistan.<sup>65</sup>

Der gestiegene Migrationsdruck aus Osteuropa seit dem Fall des Eisernen Vorhangs führte in Österreich zu strengeren Grenzkontrollen, Einschränkungen des Asylrechts und weiteren gesetzlichen Regelungen im Zuwanderungsrecht.<sup>66</sup> Mit 1. Juni 1992 wurde ein neues Asylgesetz eingeführt, dessen Kernprinzip die „Drittlandsklausel“ war. Diese besagt, dass ein Asylantrag abzulehnen ist, wenn der Flüchtling bereits in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher gewesen wäre. Alle Nachbarstaaten Österreichs galten als sichere Drittstaaten, da sie die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hatten. Weiters wurde mit dem „temporären Schutz“ ein neuer Status jenseits des Asylrechts geschaffen. Unter diesem Titel wurden ab April 1992 rund 80.000 bis 90.000 bosnische Kriegsflüchtlinge registriert.<sup>67</sup>

Die Kriege im zerfallenden Jugoslawien und der damit einhergehende Zustrom an Flüchtlingen stellte Österreich vor große Herausforderungen bei der Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, neue rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Erstmals übernahmen die Bundesländer finanzielle und rechtliche Verpflichtungen in der Flüchtlingsbetreuung.<sup>68</sup> Die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten gestaltete sich allerdings in der Vergangenheit sehr ungleich. Gemäß Wolfgang Gulis werden die meisten Asylwerbenden in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland und Steiermark untergebracht.<sup>69</sup> In der Steiermark waren 2009 84 Prozent der Asylwerbenden in den Bezirken Graz, Graz-Umgebung, Hartberg, Bruck/Mur und Mürzzuschlag untergebracht. 2008 stammte mehr als ein Drittel aus Russland, vor allem aus Tschetschenien, sowie aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Afghanistan und aus dem Irak.<sup>70</sup>

Asylwerbende haben aktuell nur einen sehr eingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Werden sie als Flüchtlinge anerkannt, liegt die letzte Erwerbstätigkeit in ihrem Beruf oftmals schon lange zurück. Hinzu können Probleme bei der Übertragbarkeit ihrer Qualifikationen kommen oder die dafür notwendigen Dokumente fehlen. Je nach Herkunftsregion und Grad der Formalisierung der Ausbildungen kann die Transferierbarkeit sehr unterschiedlich sein. Diese Faktoren sowie die Unterbringung von Asylwerbenden in ländlichen Gebieten der Steiermark haben Konsequenzen für die spätere Arbeitsmarktintegration von anerkannten

Flüchtlingen, wie anhand mehrerer Interviews im Zuge der Evaluierung nachvollzogen werden konnte<sup>71</sup> und nachfolgend anhand der Schilderungen der Fälle von Amin, John, Tomas und Silvia veranschaulicht wird.

### *Fallbeispiel Amin*

Amin<sup>72</sup> kam mit seiner siebenköpfigen Familie 2001 als Flüchtling nach Österreich. Zum Zeitpunkt des Interviews war er 67 Jahre alt und Teilnehmer des Projekts *Graz-Jobs*. Nach ihrer Ankunft in Österreich war die Familie in einer kleinen Gemeinde mit ca. 1.000 EinwohnerInnen im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld untergebracht, wo sie zwei Jahre lebte. Drei der Kinder kamen nach Graz, um dort eine Schule zu besuchen. Amin stellte einen Antrag, um auch nach Graz übersiedeln zu können, denn man könne, so Amin, nicht die Kinder von den Eltern trennen. Ein Sohn war auf der Flucht verloren gegangen und kam erst zwei, drei Jahre später nach Österreich, wo sich die Familie wiederfand. Die Familie konnte dann auch nach Graz übersiedeln und lebte in einer Pension. Nach fünf Jahren, noch während des Asylverfahrens, wurde ihr mitgeteilt, dass sie keinen Anspruch mehr auf diese Unterkunft hätte. Die Familie fand daraufhin nur mit Hilfe der Caritas eine Wohnung. Die Zeit des Wartens beschrieb Amin für sich und seine Familie als „fürchterlich“. Sie hätten nichts unternehmen können, da sie immer auf einen Brief „vom Ministerium“ gewartet hätten – ob sie endlich „eingeladen“ würden. Das wäre vor allem für die Kinder sehr schwer gewesen. Seine Kinder erhielten im Juni 2009 einen positiven Asylbescheid, Amin und seine Frau erst im Juni 2010.

In Kabul besaß Amin zwei Häuser und arbeitete als Pharmahändler, der Medikamente von Großhändlern an Apotheken weiterverkaufte. Durch den Krieg wäre sein ganzer Besitz wertlos geworden. Um in Österreich eine Pension zu erhalten, müssten er und seine Frau nun jeweils mindestens 15 Jahre in Österreich gearbeitet haben, erzählte Amin. Das bedeutete für ihn, dass er noch 158 Monate vor sich hätte. Er würde im Herbst 68 Jahre alt, müsste also bis über 80 arbeiten. Amin sprach gesundheitliche Beschwerden an. Er nähme Medikamente „für die Nerven“, gegen Bluthochdruck, gegen „Zucker“ und zudem hätte seine Sehleistung abgenommen. Amins Frau arbeitete seit 18 Monaten bei der Caritas in der Küche und verdiente etwa 600 Euro. Auch sie wäre krank, sie stünde unter Stress und wäre sehr nervös.

Amin hatte bislang nur einen Deutschkurs besucht, der ihm von ISOP<sup>73</sup> ermöglicht wurde. Er konnte ihn kostenlos besuchen, da seine ganze Familie langjährigen Kontakt mit ISOP hatte. Im Rahmen von *Graz-Jobs* konnte er nun einen zweiten Deutschkurs besuchen. Vom AMS wurden ihm Deutschkurse nicht genehmigt, da laut AMS, so Amin, er in seinem Alter keine Arbeit mehr finden würde. Amin kam durch die Caritas zu *Graz-Jobs*, wo er zuvor fallweise gearbeitet hatte. Der Trainer bei *Graz-Jobs* wäre zunächst skeptisch gewesen. Nach drei Tagen wäre der Trainer aber überzeugt gewesen und hätte gesagt: „Amin ist super. Amin soll bleiben.“ Die Arbeit gefiele ihm sehr gut und er könnte sich vorstellen, in diesem Bereich ein eigenes Geschäft aufzumachen. Leider wäre es in Österreich für ihn „nicht möglich“, selbständig zu werden. Er hätte gerne ein Geschäft, da könnte er sich viel vorstellen, er wisse aber nicht, wie er es schaffen könnte, ein eigenes „business“ aufzumachen. Wie es nach seiner Teilnahme bei *Graz-Jobs* weitergehen würde, war für ihn ungewiss:

„Wenn ich hier fertig bin, [...] dann gibt es bei mir keine Arbeit, ich muss zuhause bleiben. Oder ich gehe und frage nach Arbeit, dann sagen sie: Wie alt sind Sie? Dann sage ich: Im Oktober bin ich 68 Jahre.“<sup>74</sup>

Amin hat eine massive Verschiebung in der sozialen Position erfahren – vom etablierten Pharmahändler mit zwei Häusern in Kabul zum Flüchtling in Österreich, dessen Familie auf der Flucht getrennt wurde, in Österreich teils an verschiedenen Orten untergebracht war und der nicht aus eigener Kraft wirtschaftlich in Österreich Fuß fassen kann. Schon zum Zeitpunkt seiner Ankunft in Österreich war Amin in einem Alter (ca. 57 Jahre), in dem in Österreich viele Erwerbstätige am Übergang in den Ruhestand sind und ältere Arbeitslose besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, da ihre Wiederbeschäftigungschancen vergleichsweise gering sind.<sup>75</sup> Dies wurde ihm auch von Seiten des AMS im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Deutschkurses kommuniziert. Amin könnte sich dahingegen auch jetzt (im Alter von 67 Jahren zum Interviewzeitpunkt) vorstellen, ein eigenes Geschäft zu haben und somit erwerbstätig zu sein. Im Interview sprach er dies auch explizit an, als er festhielt, viel lieber arbeiten zu wollen als Sozialleistungen zu beziehen.<sup>76</sup>

Bei Amin spielt somit die von Degele und Winker definierte Strukturkategorie „Körper“ eine zentrale Rolle im Hinblick auf seine Erwerbschancen. Neben dem Alter sind unter dieser Kategorie auch die geschilderten Gesundheitsprobleme einzuordnen, von denen ein Teil auf fluchtbedingte Belastungen hindeutet (Medikamente für die Nerven, Stress, Nervosität, Bluthochdruck). Die Herkunft beeinflusste seinen Aufenthaltsstatus (Asylwerber) und den damit verbundenen sehr eingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Durch den sogenannten „Bartenstein-Erlass“ aus dem Jahr 2004<sup>77</sup> können Asylwerbende nämlich nur als Saisonkraft eine unselbständige Beschäftigung ausüben oder gemeinnützige Hilfstätigkeiten in Gemeinden verrichten.<sup>78</sup> Weiters war er bei der Wahl des Wohnortes eingeschränkt. Die erste Unterbringung wurde ihm und seiner Familie in einer Kleingemeinde in der ländlichen Steiermark zugewiesen. Erst auf Antrag konnte die Familie nach Graz übersiedeln (drei Kinder waren für den Schulbesuch schon in Graz).

In Verbindung mit der Unterbringung in einer strukturschwachen Region sind die Arbeitschancen vor einem positiven Asylbescheid sehr gering. Aber auch nach der Anerkennung als Flüchtlinge können die Möglichkeiten weiterhin begrenzt bleiben, wenn – wie es etwa nachfolgend unsere Interviewpartner John und Tomas beschrieben haben – das regionale Arbeitsangebot und das öffentliche Verkehrsangebot begrenzt sind und Auspendeln mangels Führerscheins und/oder Autos nicht möglich ist.

### *Fallbeispiel John*

John<sup>79</sup> war Teilnehmer des Projektes *Kompetenzprofilerhebung* in Leibnitz. Er kam 2004 als Flüchtling aus Tschetschenien nach Österreich, zum Interviewzeitpunkt war er 37 Jahre alt. John beschrieb die ersten acht Monate in Österreich, wo er etwa eine Stunde von Kapfenberg entfernt auf der Sommeralm untergebracht war, als sehr schwierig:

„Dort waren die Leute nicht so nett, sie wollten nicht mit Ausländern sprechen. Ich habe acht Monate nicht mit Leuten gesprochen. Es gab keinen Bus, keinen Zug. [...]

Das Handy funktioniert auch nicht, man muss in den Bezirk Weiz fahren. [...] Ich habe diese acht Monate auch verloren.“<sup>80</sup>

Neben Einschränkungen in der Kommunikation und Mobilität spricht der Interviewpartner auch soziale Isolation an, da z.B. das Handy nicht funktionierte und er die Leute als „nicht nett“ empfand. Danach zog er in einen kleinen Ort in der südlichen Steiermark, etwa eine halbe Stunde von Leibnitz entfernt, später nach Feldbach und letztendlich zurück in den Bezirk Leibnitz. Bis er 2009 als Flüchtling anerkannt wurde, konnte er weder einen Sprachkurs besuchen, noch Arbeitserfahrung in Österreich sammeln. Deutschkurse absolvierte er seitdem in Graz, unter anderem bei ISOP. Da sein Führerschein in Österreich nicht anerkannt wurde, waren er und seine Familie in ihrer Mobilität eingeschränkt. Wo sie leben, ist die öffentliche Verkehrsinfrastruktur begrenzt. John erzählte auch, dass seine Kinder sehr lange auf Kindergartenplätze warten mussten. Für ihn war eine fixe Anstellung ein wichtiges Ziel. Dafür erwartete er sich bessere Chancen in Graz als urbanem Raum:

„Für mich ist wichtig Fix-Arbeit zu haben. [...] Ich wollte nicht drei Monate arbeiten und weg und wieder Arbeitslosengeld bekommen. Das ist für mich nicht gut. Auch schwere Arbeit ist kein Problem. Ich glaube, ich suche jetzt eine Wohnung in Graz. In einer großen Stadt gibt es mehr Möglichkeiten Arbeit zu finden.“<sup>81</sup>

### *Fallbeispiel Tomas*

Tomas<sup>82</sup> war auch Teilnehmer an der *Kompetenzprofilerhebung* und war Anfang 2005 als Asylwerber aus dem Kosovo nach Österreich gekommen. Er fühlte sich zwar bei der Familie wohl, bei der er nach einer Unterbringung in der Südsteiermark einziehen konnte. Sie hatte ihm viel geholfen und er stand mit ihr noch immer in Kontakt. Allerdings empfand er die Situation an sich schwer zu ertragen. Nach der Aufnahme in der „Erstaufnahmestelle Ost“ in Traiskirchen wurde er in der Südsteiermark untergebracht. Über die Dinge, die er im Laufe seiner Zeit als Asylwerber in Österreich und davor in seinem Heimatland erlebt hatte, wollte er nicht sprechen, wie er zu Beginn des Interviews gleich klarlegte. Tomas war bis 2008 Asylwerber gewesen und versuchte in dieser Zeit zumindest im geringen Ausmaß einer Beschäftigung als Erntehelfer im Weinbau nachzugehen. In seinem Heimatland hatte er eine dreijährige Lehre als Mechaniker und Vulkaniseur absolviert. Die Ausbildung würde in Österreich grundsätzlich anerkannt. Als Asylwerber wäre er allerdings nicht berechtigt gewesen, in Österreich in seinem Beruf zu arbeiten. Mit seinem geänderten Rechtsstatus, als anerkannter Flüchtling, könnte er nun als Mechaniker oder Vulkaniseur arbeiten. Zum Zeitpunkt des Interviews lebte er in einer kleinen Gemeinde mit ca. 1.000 EinwohnerInnen im Bezirk Leibnitz. Auch er stufte das Arbeitsangebot in seiner Umgebung als begrenzt ein und war gleichzeitig in seinen Möglichkeiten auszupendeln eingeschränkt. In den Betrieben in seiner Umgebung waren aber keine Stellen frei, wie Tomas schilderte. Er hatte keinen Führerschein und von seinem Wohnort war ein Auspendeln nach Graz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu weit.<sup>83</sup>

## Fallbeispiel Silvia

Bei Silvia<sup>84</sup>, die wir als Teilnehmerin des IKM interviewt haben, zeigt sich, wie die Strukturkategorie ethnische Herkunft (Flucht, Transferierbarkeit der Qualifikationen, Deutschkenntnisse, Arbeit als Näherin in einem typischen Gastarbeiterinnenberufsfeld) wechselseitig mit Geschlecht (Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung) in Beziehung steht und in Verbindung mit einem ländlichen Wohnort die Erwerbschancen beeinflusst:

Silvia kam 1992 in Folge der Jugoslawienkriege nach Österreich und war Teilnehmerin des Interkulturellen Mentorings. Sie wurde 1968 in Bosnien geboren und lebte zum Zeitpunkt des Interviews in Lebensgemeinschaft mit ihrem geschiedenen Mann und ihren drei Kindern. Ihr Studium in Deutsch, Arabisch und Russisch hatte sie kriegsbedingt abbrechen müssen. Ihre Matura würde in Österreich nicht anerkannt. In Österreich arbeitete Silvia als Näherin, ehe sie in Karenz ging. Nach der Karenz blieb sie noch einige Jahre zu Hause. Danach absolvierte sie eine Ausbildung zur Heimhilfe, sie wollte nicht mehr als Näherin arbeiten. Den Beruf der Heimhelferin übte sie allerdings nie aus. Trotz vieler Bewerbungen konnte sie keine Stelle finden und gewann den Eindruck, dass Personen ohne Kinder bevorzugt würden. Durch die Teilnahme am IKM konnte Silvia verlässliche Kontakte außerhalb ihrer eigenen Familie knüpfen. Sie meinte, sich jetzt stärker zu fühlen, auch im Alltag. Außerdem hätte sie nun auch andere Interessen als ihre Kinder, die ihr das auch danken würden. Weiters konnte sie ihre Deutschkenntnisse wieder verbessern, die sich, vor allem als sie bei ihren Kindern zu Hause war, verschlechtert hätten. Nach der Teilnahme am Mentoring hatte sie eine TrainerInnen-Ausbildung absolviert und hoffte, in der Umgebung eine Stelle zu finden. Nach Graz zu pendeln wäre für sie durch die Distanz keine Option. Nach wie vor arbeitete sie als Dolmetscherin beim Psychosozialen Zentrum, aber sie hatte nur sehr wenige Einsätze (etwa vier Stunden pro Monat). Außerdem wäre diese Arbeit emotional sehr fordernd, auch wenn sie gelernt hätte, damit umzugehen.<sup>85</sup> Während der Zeit der Ausbildung wäre sie stark gefordert gewesen, nahezu jedes Wochenende wäre mit Seminaren verplant gewesen, die in Graz stattgefunden hätten. Das Pendeln nach Graz wäre dabei eine weitere Zusatzbelastung gewesen (mindestens zwei Stunden pro Seminartag). In dieser Zeit hatte sie ihre Mentorin seltener gesehen, aber oft mit ihr telefoniert. Ihre Mentorin hätte sie auch bei den Seminararbeiten unterstützt. In dieser Zeit hätten sie sich dann wieder häufiger getroffen. Silvia erzählte, dass sich ihre Rahmenbedingungen durch ihre Mentorin, das soziale Netzwerk, in das sie jetzt eingebettet war, und durch die Unterstützung ihres Mannes gebessert hätten. Obwohl es für sie nach wie vor eine große Herausforderung darstellte, alle Aufgabenbereiche mit ihren Zielen zu vereinbaren, würde es ihr durch die Unterstützung von unterschiedlichen Seiten erleichtert.

## Schluss

Die in Auszügen dargestellten Schilderungen von Jana, Daniel, Amin, John, Tomas und Silvia sind exemplarische Beispiele für die Vielschichtigkeit von Migration. An ihnen kommt zum Ausdruck, wie im Zusammenspiel verschiedener Faktoren die gesellschaftliche Positionierung von Migranten und Migrantinnen beeinflusst wird und vom zeitlichen und regionalen Kontext abhängt. Bei unseren Interviewpartnerinnen und -partnern war es vor allem

das Zusammenspiel zwischen Herkunft (Aufenthaltsstatus, Sprache, Religion), Körperlichkeit (Alter, Gesundheitszustand), Geschlecht (Elternschaft) und Klasse (Bildungsniveau, beruflicher Status, Haushaltseinkommen, Beziehungsnetzwerk), das ihre Lebenssituationen und (Neu-)Positionierungen in Österreich beeinflusst hat. Eine nachteilige Arbeitsmarktposition von Migranten und Migrantinnen lässt sich vielfach nicht allein auf ihre Herkunft und, damit verbunden, mangelnden Deutschkenntnissen und Schwierigkeiten bei der Umsetzbarkeit ihrer mitgebrachten Qualifikationen zurückführen. Vielmehr wirkt eine Reihe weiterer Faktoren begünstigend bzw. vermindern auf ihre Erwerbchancen. Bei den interviewten Personen zeigte sich das beim Faktor „Geschlecht“, indem traditionelle Rollenbilder in Bezug auf Erwerbstätigkeit, Haushaltsführung und Versorgungsarbeit reproduziert werden. Strukturell bestehen unterschiedliche Konsequenzen von Elternschaft für Männer und Frauen bezüglich der Dauer der Erwerbsunterbrechung, der rechtlichen Ausgestaltung von Karenzmodellen und deren Inanspruchnahme, der gesellschaftlichen und betrieblichen Erwünschtheit von „Karenzvätern“, der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen und der sozialen Akzeptanz von Fremdbetreuung. Auch Alter, Teil der Strukturkategorie „Körperlichkeit“ nach Degele und Winker, ist ein Beispiel dafür. Welche individuellen Vorstellungen von Erwerbstätigkeit bestehen im „höheren“ Alter, welche sind im Herkunftsland üblich im Vergleich zu jenen in Österreich? Strukturell sind im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktposition von Älteren die Lohnpolitik und die Ausgestaltung der sozialen Absicherung im Alter zu berücksichtigen. 1961 waren noch 67 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren erwerbstätig. Im Jahr 2001 waren es nur 14 Prozent der Männer und 6 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe.<sup>86</sup>

Ähnliche Charakteristika können zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Auswirkungen haben. Vor der „Wende“ 1989 fanden die Flüchtlingsbewegungen nach Österreich größtenteils unter günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt und Österreich war vielfach nur eine „Durchgangsstation“. Vergleichsweise wenige der Geflüchteten blieben dauerhaft in Österreich. Heute ist Österreich zu einem Zielland von Flüchtlingen geworden, gleichzeitig besteht seit der Fremden-Gesetz-Novelle 2002, abgesehen von temporärer Saisonarbeit, keine legale Zuwanderungsmöglichkeit für niedrig qualifizierte, drittstaatsangehörige Arbeitskräfte. Die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerbende („Bartenstein-Erlass“ 2004) ist somit auch im Zusammenhang mit Befürchtungen zu sehen, das Asylwesen könnte von der Zuwanderung niedrig qualifizierter Arbeitssuchender unterwandert werden.

Der politische und wirtschaftliche Wandel hat die Migrations- und Integrationspolitik verändert. In den 1960er Jahren wurden ausländische Arbeitskräfte eher im unteren Qualifikationssegment aktiv angeworben. Anfang der 1990er Jahre wurden Quoten für die Zuwanderung eingeführt, die 2002 auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, sogenannter „Schlüsselkräfte“, begrenzt und 2011 durch ein kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell („Rot-Weiß-Rot-Karte“) abgelöst wurden.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hatten die „bipolare“ Weltordnung zwischen den kapitalistisch und kommunistisch orientierten Ländern und die Teilung Europas in „West“ und „Ost“ ein Ende. Die einsetzende Globalisierung beschleunigte den wirtschaftlichen Strukturwandel und auch Österreich wurde mit der Verlagerung von Produktionsstätten und Schließung von Unternehmensstandorten konfrontiert. Durch den EU-Beitritt 1995 können sich EU-Bürger und EU-Bürgerinnen aufgrund des Grundprinzips der Personen-



freizügigkeit innerhalb der EU frei niederlassen. Die nationale Steuerbarkeit der Migrationsströme ist nunmehr auf Drittstaatsangehörige begrenzt. In der vergangenen Dekade hat die Zuwanderung aus anderen EU-Ländern stark zugenommen und deckt einen Teil der Arbeitskräftenachfrage im mittleren und niedrig qualifizierten Bereich, vor allem die Zuwanderung aus den 2004 und 2007 beigetretenen Ländern.<sup>87</sup>

Nicht nur der zeitliche, auch der räumliche Kontext übt einen Einfluss auf die Wirkung der dargestellten Strukturkategorien aus. In ländlichen Regionen können die Teilhabemöglichkeiten von Migranten und Migrantinnen im Vergleich zu urbanen Räumen zusätzlich erschwert werden. Im Zusammenhang mit der ethnischen Herkunft betrifft das etwa weniger Sprachkurseangebote, insbesondere auch auf höherem Niveau in Wohnortnähe, keine schulischen Sprachförderangebote aufgrund zu kleiner Gruppengrößen, keine passenden Qualifizierungsangebote und weniger Beratungsangebote in Wohnortnähe. Neben diesen herkunftsspezifischen Faktoren wurden von unseren Interviewpartnerinnen und -partnern in Bezug auf die ländliche Infrastruktur Probleme beim Kinderbetreuungsangebot, beim öffentlichen Verkehrsangebot und der Notwendigkeit eines Autos für Mobilität genannt sowie die Einschätzung gemacht, dass eine „größere Stadt“ mehr Arbeitsmöglichkeiten zu bieten hat. Damit werden Probleme von ländlichen, strukturschwächeren Gebieten beschrieben, die die ansässige wie die (neu-)zugewanderte Bevölkerung gleichermaßen betreffen und Anlass sein können, in dynamischere Regionen abzuwandern. Es wird somit auch von Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik abhängen, ob diese Lebensräume längerfristig für die ansässige *und* zugewanderte Bevölkerung attraktiv bleiben.

## Anmerkungen

- 1 [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/022498.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/022498.html) (27.6.2014), [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/023839.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/023839.html) (27.6.2014).
- 2 [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/023441.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/023441.html) (27.6.2014); [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/static/bevoelkerung\\_am\\_1.1.2014\\_nach\\_detailliertem\\_geburtsland\\_und\\_bundesland\\_023841.xlsx](http://www.statistik.gv.at/web_de/static/bevoelkerung_am_1.1.2014_nach_detailliertem_geburtsland_und_bundesland_023841.xlsx) (27.6.2014).
- 3 Personen, die im Ausland geboren wurden und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.
- 4 Statistik Austria, migration & integration. Zahlen, Daten, Fakten 2013, Wien 2013, 78.
- 5 Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit, Bielefeld 2009.
- 6 Winker/Degele, Intersektionalität, 15.
- 7 Im deutschsprachigen Kontext wird mit Rücksicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Begriff Rasse mit Anführungszeichen oder stattdessen der englische Begriff race verwendet. Degele & Winker gebrauchen in ihrem Aufsatz bewusst Rasse ohne Anführungszeichen, um „mit diesem Begriff Prozesse der Rassisierung, also Prozesse der Rasse erst konstruierenden Ausgrenzung und Diskriminierung sowie ihre gewaltförmige Naturalisierung und Hierarchisierung deutlich [zu] machen“. Nina Degele/Gabriele Winker, Intersektionalität als Mehrebenenanalyse, o.O. 2007, 7, <https://www.sozioologie.uni-freiburg.de/personen/degele/dokumente-publikationen/intersektionalitaet-mehrebenen.pdf> (26.9.2013). In diesem Beitrag verwenden wir nachfolgend „Ethnizität/ethnische Herkunft“ als Analysekategorie, um Unterscheidungen und Abgrenzungen etwa in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Sprache und Religion einzuordnen.
- 8 Nina Degele/Gabriele Winker, Intersektionalität als Beitrag zu einer gesellschaftstheoretisch informierten Ungleichheitsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie 21 (2011), 69–90, hier 72.
- 9 Degele/Winker, Intersektionalität als Mehrebenenanalyse, 7.

- 10 Vgl. ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Gemeint sind dabei Machtdifferenzen bezüglich Klasse (Klassismus), Geschlecht (Sexismus/Heteronormativität), Rasse (Rassismus) und Körper (Bodismus). Vgl. ebd.
- 13 Mit historischen Ereignissen meinen wir vor allem politische Veränderungen in Österreich und im Ausland seit 1945, wie den Ost-West-Konflikt, die „Wende“ 1989 oder Österreichs EU-Beitritt 1995, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen wesentlich verändert haben und/oder Auslöser für Migrationsbewegungen waren.
- 14 Vgl. Gudrun Biffl u.a., STEPS\_2 – begleitende Evaluierung. Schnittstelle Arbeitsmarkt, Studie im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, der Stadt Graz und des AMS Steiermark (Schriftenreihe Migration und Globalisierung), Krems 2012, [http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/migrationglobalisierung/forschung/biffl-et-al\\_steps2-stmk\\_endbericht.pdf](http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/migrationglobalisierung/forschung/biffl-et-al_steps2-stmk_endbericht.pdf) (27.6.2014).
- 15 STEBEP, Antrag auf Fördermittel aus dem Operationellen Programm Beschäftigung Österreich 2007–2013. Schwerpunkt 3b „Integration arbeitsmarktferner Personen“ (2. Antragsrunde mit einer Laufzeit von 1.1.2010 bis 31.12.2011), Graz 2009, 8, [http://www.stebep.at/fileadmin/RedFiles/Textfiles/10\\_02\\_05\\_SP3b\\_Antrag\\_STEPS\\_2\\_web.pdf](http://www.stebep.at/fileadmin/RedFiles/Textfiles/10_02_05_SP3b_Antrag_STEPS_2_web.pdf) (31.5.2013).
- 16 ProjektteilnehmerInnen-Dokumentationssystem, Auswertungen der Autorinnen.
- 17 In der TeilnehmerInnen-Datenbank wurde der Aufenthaltstitel erhoben, darunter der Status „Asylberechtigte/r u. subsidiär Schutzberechtigte/r“. Anerkannte Flüchtlinge, die mittlerweile österreichische Staatsangehörige sind, konnten somit nicht erfasst werden.
- 18 Rita Garstenauer/Anne Unterwurzacher, Migrationen, Mobilität und ländliche Räume, in: Wolfram Dornik/Rudolf Grasmug (Hg.), Neue Heimaten. Kommen, bleiben und gehen in der Südoststeiermark, Begleitband zur Sonderausstellung des ‚Museums im Tabor‘ (Schriften aus dem ‚Museum im Tabor‘ Feldbach, Bd. 11), Feldbach/Graz 2013, 25–35, hier 26.
- 19 Peter Fritz, ‚Flucht und Vertreibung‘: Sicherheitspolitische Überlegungen zum Thema Zwangsmigration, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimaten, 117–131, hier 122.
- 20 Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C – Landesstatistik (Hg.), Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark (Steirische Statistiken, H. 11), Graz 2009, 76–78, [http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/11696385\\_29771102/f2169e83/Publikation%2011-2009.pdf](http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/11696385_29771102/f2169e83/Publikation%2011-2009.pdf), (13.8.2014).
- 21 Österreichischer Integrationsfonds (Hg.), migration & integration in den Bundesländern. zahlen, daten, indikatoren, Wien 2012, 32.
- 22 Garstenauer/Unterwurzacher, Migrationen, 26, 28.
- 23 Vgl. dazu auch: Gudrun Biffl/Isabella Skrivaneck, Temporary migrants in Austria: Seasonal and posted workers. Report commissioned by the OECD (Monograph Series Migration and Globalisation), Krems (in Vorbereitung).
- 24 Peter Teibenbacher, Einwanderung und Flucht in die Steiermark, 1945 bis ins 21. Jahrhundert, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimaten, 36–46, hier 39.
- 25 Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hg.), Politik in Österreich, Wien 2006, 726–742, hier 728.
- 26 Helga Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft, in: Journal für Sozialforschung 2 (1985), 159–197, hier 159.
- 27 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 26; Wolfgang Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark – die tabuisierte Arbeitsmarktreserve, in: Karin M. Schmidlechner/Annette Sprung/Ute Sonnleitner (Hg.), Migration und Arbeit in der Steiermark (Wissenschaftliche Schriftenreihe der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, Bd.1), Graz 2013, 56–73, hier 67.
- 28 Zwischenhöchststand des Jahres 1974: 1.201.806 EinwohnerInnen mit einem Ausländeranteil von 2,2 Prozent.
- 29 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 46.
- 30 Ebd., 47 f.; Statistik Austria, Bevölkerungsveränderung seit 1981 – Steiermark, [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand\\_und\\_veraenderung/bevoelkerungsveraeenderung\\_nach\\_komponenten/023590.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerungsveraeenderung_nach_komponenten/023590.html) (23.7.2014).
- 31 Während Anfang der 1950er Jahre noch ein Drittel aller Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beschäftigt war, waren es 1960 nur mehr weniger als 20 Prozent.
- 32 Matuschek, Ausländerpolitik, 160, 173.
- 33 Ebd., 166.
- 34 Verena Lorber, ‚Wir sind gekommen, um zu arbeiten‘. Steirische ‚Gastarbeiter/-innen‘ vom Beginn der staatlichen Anwerbepolitik 1961 bis zur Einführung des ‚Ausländerbeschäftigungsgesetzes‘ 1976, in: Ulrike Bech-



- mann/Christian Friedl (Hg.), Mobilitäten. Beiträge von Vortragenden der Montagsakademie 2011/12, Graz 2012, 143–153, hier 149, 152.
- 35 Lorber, Wir sind gekommen, 147.
- 36 Heinz Fassmann/Rainer Münz/Wolfgang Seifert, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und Österreich, in: Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hg.), Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, Klagenfurt 2003, 95–114, hier 107.
- 37 Lorber, Wir sind gekommen, 150.
- 38 Fassmann/Münz/Seifert, Ausländische Arbeitskräfte, 112.
- 39 Das Ausländerbeschäftigungsgesetz übernahm das Prinzip des Schutzes der inländischen Arbeitskräfte von den vorangehenden gesetzlichen Regelungen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Österreich. Die erste diesbezügliche gesetzliche Regelung trug dieses Ziel sogar im Namen, das „Inländerarbeitschutzgesetz“ aus dem Jahr 1925.
- 40 Matuschek, Ausländerpolitik, 175.
- 41 Biffl u.a., Steps 2, 4.
- 42 Ebd., 45 f.
- 43 Ebd., 48.
- 44 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 19.
- 45 Bei Jana handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zur tatsächlichen Interviewpartnerin. Das Interview wurde am 3.2.2011 in St. Johann bei Herberstein geführt.
- 46 Interviewprotokoll, Interkulturelles Mentoring Oststeiermark, St. Johann bei Herberstein, 3.2.2011.
- 47 Gesprächsprotokoll sowie Beobachtungsprotokoll, Haus der Frauen, St. Johann bei Herberstein, 3.2.2011.
- 48 Interviewprotokoll, Produktionsschule Deutschlandsberg, 2.2.2011.
- 49 Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hg.), Frauen und Mobilität. Fünfter Teilbericht, Graz 2010, 6.
- 50 Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 16, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat für Regionalentwicklung, Regionalplanung und Raumplanung Steiermark. Die Steiermark im Profil, Graz 2011, 17.
- 51 Bei einem Viertel der Migrantinnen und Migranten der ersten Generation aus Ländern des früheren Jugoslawien oder der Türkei fehlte in der TeilnehmerInnen-Dokumentationsdatenbank die Information zum Zuwanderungsjahr. Sie können auch vor 1987 zugewandert sein.
- 52 Gudrun Biffl/Isabella Skrivaneck, Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehre. Strukturen, Barrieren, Potentiale. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, Wien (in Vorbereitung), 47–54.
- 53 Bei Daniel handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 7.7.2011 in der Obersteiermark geführt.
- 54 Daniel erwähnte dabei eine Schülerin aus Albanien, eine Schülerin aus der Türkei und einen Schüler aus Bosnien.
- 55 Interviewprotokoll, BFB Migration Obersteiermark, 7.7.2011.
- 56 Albert Scherr, Diskriminierung und soziale Ungleichheiten. Erfordernisse und Perspektiven einer ungleichheitsanalytischen Fundierung von Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsstrategien, in: Ulrike Hormel/Albert Scherr (Hg.), Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse, Wiesbaden 2010, 35–60, hier 42.
- 57 Fritz, Flucht und Vertreibung, 126.
- 58 Edda Engelke, Die Nachbarn kommen: Ungarn 1956 und Jugoslawien – zwischen kommen, (weiter)gehen und dableiben im Zeichen des Kalten Krieges, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimat, 83–92, hier 84.
- 59 Wolfram Grasmug, Kommen und Gehen in der Südoststeiermark, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimat, 47–69, hier 67.
- 60 Engelke, Nachbarn kommen, 83–86; Teibenbacher, Einwanderung, 40.
- 61 Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 729 u. Endnote 6 und 7.
- 62 Teibenbacher, Einwanderung, 42; Grasmug, Kommen und Gehen, 67.
- 63 Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 729.
- 64 Fassmann/Münz/Seifert, Ausländische Arbeitskräfte, 98.
- 65 Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark, 59.
- 66 Fassmann/Münz/Seifert, Ausländische Arbeitskräfte, 98.
- 67 Bauböck/Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, 733.
- 68 Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark, 69.
- 69 Ebd., 69.
- 70 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 55.

- 71 Biffl u.a., Steps 2.
- 72 Bei Amin handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 7.7.2011 in Graz geführt.
- 73 „ISOP unterstützt MigrantInnen und Flüchtlinge, (Langzeit-)Arbeitslose, Menschen mit Basisbildungsbedarf durch Beratung, Bildung und Beschäftigungsprojekte zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Teilhabechancen“ (<http://www.isop.at/ueber-isop/leitbild/>, 23.4.2014). Der Verein ISOP war auch Projektträger der Projekte Kompetenzprofilhebung und Bildungsberatung sowie Lernfabrik.
- 74 Interviewprotokoll, Graz-Jobs, 7.7.2011.
- 75 AMS Österreich (Hg.), Arbeitsmarktlage 2013, Wien 2014, 25.
- 76 Interviewprotokoll, Graz-Jobs, 7.7.2011.
- 77 Der „Bartenstein-Erlass“ geht zurück auf Martin Bartenstein, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit von 2000 bis 2008.
- 78 Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark, 56–73.
- 79 Bei John handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 1.2.2011 in Leibnitz geführt.
- 80 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011. Die hier wiedergegebenen Interviewsequenzen wurden grammatikalisch bearbeitet, um die Lesbarkeit zu verbessern. Inhaltlich gab es keine Veränderungen.
- 81 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011.
- 82 Bei Tomas handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 1.2.2011 in Leibnitz geführt.
- 83 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011.
- 84 Bei Silvia handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zur tatsächlichen Interviewpartnerin. Das erste Interview wurde am 3.2.2011 in St. Johann bei Herberstein geführt, das zweite Interview am 8.7.2011 in Hartberg.
- 85 Silvia übersetzte bei psychotherapeutischen Gesprächen, meistens mit Flüchtlingen, die über ihre Erfahrungen berichteten.
- 86 Statistik Austria, Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden im Auftrag des Bundeskanzleramts – Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst, Wien 2007, 71 (Tabelle 18).
- 87 Gudrun Biffl, Migration and Labour Integration in Austria. SOPEMI Report on Labour Migration Austria 2012–13, Report of the Austrian SOPEMI correspondent to the OECD (Monograph Series Migration and Globalization), Krems 2013, 98.